

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 29

Artikel: Gespräch mit dem Pfarrer : der Briefträger
Autor: Gerber, Kurt / Felix [Puntari, Sreko]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-608084>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entsuldigen Sie bitte, Herr Pfarrer, dass ich Ihnen heute die Post so spät bringe. Ich hatte einen Defekt am Töffli auf dem Rückweg vom Schlathübelhof. Eigentlich ist es eine Zumutung, dass ich überhaupt dorthin fahren muss. Drei Kilometer ausserhalb des Dorfes – und das alles nur wegen eines Prospektes vom Herz-Versand. Da fragt es sich schon, wie sinnvoll der Volksauftrag für einen Bundesbetrieb wie die PTT ist. Mit einem solchen Staat lässt sich wirklich kein Staat machen. Eine Privatisierung ist längst fällig.

Privatbetriebe arbeiten viel effizienter, und angesichts des Loches in der Bundeskasse kann eine Privatisierung nur von gutem sein. Die Privatwirtschaft erarbeitet hohe Gewinne, während es die Bundesbetriebe auf hohe Defizite bringen. Wie können also Privatbetriebe daran interessiert sein, Bundesaufgaben zu übernehmen? Wohl nur deshalb, weil mit geschicktem Management auch darin eine Gewinnchance liegt. Da haben wir schon den Beweis, dass private Manager viel fähiger sind als diejenigen von Bundesbetrieben.

Die Privatwirtschaft hat grosse Erfahrung darin, die Arbeiten genau bis zu dem Punkt auszuführen, wo sie noch gewinnbringend sind. Folgekosten für Entsorgung oder Behebung von Umweltschäden usw. erachtet sie als ausserhalb ihres Zuständigkeitsbereiches. Mit der Übernahme der guten Risiken beweist man gerne seine Leistungsfähigkeit. Die schlechten werden dann in der Sinfult ersaufen. Oder glauben Sie tatsächlich, die PTT als privater Arbeitgeber hätte mich wegen eines einzigen Prospektes auf die unrentable Fahrt zum Schlathübelhof geschickt? Nein, die hätten sofort damit argumentiert, dazu stelle mein Töffli eine zu grosse Umweltbelastung dar.

Mit einer privaten PTT wären wir bald soweit, dass die Post nur ausgetragen wird, wenn eine gewisse Menge vorliegt. Da können wir ziemlich schnell die B-Post wieder abschaffen und die A-Post zu den Konditionen der heutigen J-Post spedieren. Und wenn sie dann das Volk erst einmal dazugewöhnt hat, wird die Abholung aus dem Postfach zur Pflicht erklärt und auf jegliche Zustellung verzichtet. Die Adressaten wird man den Vorteil schmackhaft machen, da sie endlich nicht mehr von Stunden- und Routenplan des Briefträgers abhängig sind. Freilich verursacht auch so die Verteilung noch viel zu hohe

Gespräch mit dem Pfarrer:

Der Briefträger

Personalkosten, und man wird zur Lösung kommen, grosse, zentrale Fachanlagen in Taiwan zu errichten, wo Sie Ihre Post abholen können, Herr Pfarrer. Kein Problem bei der heutigen Mobilität. Wie Sie sehen, besteht dabei aber für mich eine echte Tragik. Die Bundeskasse ist leer. In einer Bundes-PTT ist mein Lohn gefährdet, in einer privaten PTT mein Arbeitsplatz.

Sie glauben, dass sich auch ein Privater an den Volksauftrag halten müsste? Aber, Herr Pfarrer! Haben Sie tatsächlich noch nicht bemerkt, dass Volksaufträge interpretier- und wandelbar sind? Sehen Sie, die Bundesversammlung als integrales Instrument der Legislative war seit jeher ein Hort der Privatinteressen, und es wäre doch ver-



wunderlich, wenn eine Potenzierung der finanzkräftigsten Vertreter von Privatinteressen auf eine Politik des allgemeinen Interesses hinauslaufen würde. Im Gegenteil. Eine Privatisierung der Durchführungsorgane würde doch zwangsläufig zu einem besseren Verständnis zwischen Exekutive und Legislative beitragen. Beide Gewalten wären in starken Händen, und eine Hand wäscht bekanntlich die andere. Selbstverständlich würde dabei der Bund nicht reich, aber seiner Verantwortung wäre Einhalt geboten. Auch Ihnen müsste übrigens eine Lösung recht sein, Herr Pfarrer, denn schon in Hebräer 2.5. steht in weiser Voraussicht geschrieben: «Denn er hat nicht den Engeln untergeben die zukünftige Welt, von der wir reden.»

Private würden doch niemals

Arbeiten vorschreiben, die Arbeiten seien bis zum tatsächlichen Ende auszuführen. Das wäre Wirtschaftsharaki. Wohl hätten wir dann keine Arbeitslosen mehr, aber auch keine namhaften Privatgewinne. Also müssen wir den Mut aufbringen, Arbeitslose zu produzieren und ihnen gleichzeitig die Unterstützung zu kürzen. Für derlei Manöver ist jetzt der richtige Moment gekommen. Mit der Totalrevision der Bundesverfassung bietet sich doch eine einmalige Chance, die Kompetenzen neu zu verteilen. Die Kantone als nächstkleinere Einheit sollten gleich entsprechend nachziehen. Wie kommt z. B. ein Staatsgebilde auf die himmverbrannte Idee, Autowracks mitten in den Verkehrsopferten von der Strasse zu räumen? Das ist überhaupt nicht lukrativ und eigentlich Aufgabe der Erben.

A propos Bundesverfassung: Welche Verschwendung! Ein Privater würde diese angesichts der heutigen Marktlage in Ungarn drucken lassen. Wahrscheinlich stünde dann in Artikel 4: «Vor dem Geschäss sind alle Schweizer gleich.» Das ist doch vollkommen egal, wenn man bedenkt, dass auch der fehlerfreie Wortlaut nie mehr dargestellt hat als das Fundament eines Luftschlosses. Das bringt mich gleich auf die Idee, dass im Prinzip auch einer Privatisierung der Rechtssprechung nichts im Wege stünde.

Und warum sollte nicht gleich die ganze Schweiz zu einem Privatunternehmen werden? Helvetia Limited! Der Bundesrat hiesse Verwaltungsrat. Das böte auch psychologische Vorteile. Nie und nimmer würde der Verwaltungsrat einer nationsgebundenen Holding-

gesellschaft bei Chemieunfällen Panikstimmung aufkommen lassen. Solche Bagatellen würden endlich mit angemessener Diskretion behandelt.

Wie bitte? Sie glauben an Bereiche, die sich für eine totale Privatisierung nicht eignen? Die SBB und das Militär? Im Falle der SBB wäre es ja eine blosse Rückkehr zu den Ursprüngen, selbstverständlich verbunden mit den Erkenntnissen der Zwischenzeit. Der lukrativere Güterverkehr kann mit Hilfe der besonderen Unterstützung der Auto-Partei – oder Verheiz-Partei, wie sie heute heisst – abgeschafft werden. Das erlaubt es uns, wegen Überlastung der Strasse durch den Güterverkehr neue Strassen für den reinen Privatverkehr zu

bauen. Die SBB müssten hingegen den Personenverkehr endlich gewinnbringend gestalten. Zu diesem Zweck müssten besonders die Geschäftsreisenden massiv verteuert werden, weil die hohen Reisespesen den Firmen wesentliche Steuereinsparungen bescherten würden. In der Regel spielt sich der Geschäftsverkehr zwischen den grossen Zentren ab. Daher wäre es überhaupt nicht abwegig, den Verkehr der privaten Laune vermehrt dem Dienst der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Wenn also Sie, Herr Pfarrer, nach Brünig-Hasliberg fahren wollen, dann sind Sie selbst schuld. Zweierlei kann Ihnen passieren. Entweder sagt Ihnen der Schalterbeamte, Sie sollen im Zug Platz nehmen. Wenn er voll sei, werde man sich um einen Lokomotivführer bemühen. Vielleicht sei das in einer Viertelstunde, möglicherweise aber auch erst übermorgen. Sie werden das verstehen, weil es doch ein absoluter Unsinn wäre, mit einem nahezu leeren Zug zu fahren. Das leuchtet ein.

Es kann aber auch sein, dass Ihnen der Losverkäufer am Billetschalter sagt, in absehbarer Zeit fahre kein Zug nach Brünig-Hasliberg. Sie sollen doch besser nach St. Gallen fahren. Das ist doch echte Dienstleistung, wie wir sie heute schon aus vielerlei Erfahrungen gewohnt sind. Und wenn dann noch das Quentchen Glück dazu kommt, dann hat Ihr Gesprächspartner, den Sie auf dem Brünig aufsuchen wollten, noch in derselben Woche auch einen Zug nach St. Gallen. Keinesfalls aber kann sich der private Bund darauf einlassen, für alle privaten Mücken und Marotten eine verlustträchtige Möglichkeit offenzuhalten.

Langfristig ist ohnehin vorgesehen, den Bahnbetrieb umzuwandeln in ein Unternehmen für Drainsen-, Lokomotiv- und Triebwagenvermie-

tung, wo der Reisende selbst fährt und auch die Verantwortung für Risiken übernimmt wie im Strassenverkehr. Die Schaffung eines alternativen Individualverkehrs war ohnehin überfällig.

Auch beim Militär sehe ich kein Problem. Das kostspielige EMD kann abgeschafft werden, und das Militär wird eine Abteilung der Pilatus-Werke. Immerhin kann doch eine militärisch orientierte Unterabteilung für einen Produktionsbetrieb der zivilen Luftfahrt als Risikoverteilung verstanden werden. Das Militär kann dort benannt werden durch Asylbewerber vor deren Ausschaffung, was wiederum wesentliche Einsparungen bei der Erwerbsersatzordnung mit sich bringt. Weiter werden sich die Asylanten nach der Ausschaffung als nützliche Werbeträger erweisen für die Tochtergesellschaften der Helvetia Limited. Übrigens liessen sich auch die Munitionsfabriken in die militärische Organisation einspannen. Man muss das unter dem Gesichtswinkel eines nationalen Marketings sehen. Wenn z. B. in einer schweizerischen Munitionsfabrik Handgranaten zur Enteisung von Kühlschränken produziert werden, so werden doch die ausgeschafften Asylanten voller Stolz in ihrer Heimat diese Errungenschaft propagieren. Damit können sie sogar ihre Akzeptanz zu Hause in ungeahntem Ausmass erhöhen. Sollten dort allerdings die Handgranaten in einer abstrusen Weise zweckfremd verwendet werden, so kann man das nicht uns anlasten. Als Restrisiko müssen wir diese Möglichkeit schon in Kauf nehmen.

Ja, Herr Pfarrer, es führt doch wirklich kein Weg daran vorbei. Der Bund muss endlich das werden, was er schon lange ist.

Kurt Gerber